

**NEUE
KRAFT.
NEUER
MUT.**

LEITANTRAG 2
ZUKUNFT UND ERFOLG FÜR
DIE MENSCHEN ÖSTERREICHS

44. ordentlicher Bundesparteitag • 24. und 25. November 2018 • Messe Wels

SPÖ Bundesparteivorstand

Leitantrag Nr. 2

Zukunft und Erfolg für die Menschen Österreichs

Heuer feiern wir hundert Jahre Republikjubiläum. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen an der Wiege unserer Demokratie. Sie hat sich als einzige Kraft von Anfang an für die Demokratie eingesetzt, immer zu ihr gehalten und wird auch in Zukunft jedem Angriff auf die Demokratie entschlossen entgegentreten. Am Anfang der Republik vertrat die Sozialdemokratie stets eine Idee: Die Idee der Chancen und der Gerechtigkeit, die Idee des modernen Wohlfahrtsstaates. SozialdemokratInnen wie Ferdinand Hanusch, Adelheid Popp, oder Hugo Breitner stehen am Beginn des Sozialstaates. In den hundert Jahren seither hat die SPÖ die Weiterentwicklung der Demokratie und den Ausbau der Sozialleistungen gestaltet.

An der Seite der Österreicherinnen und Österreicher hat die SPÖ Österreich mehr geprägt, als jede andere Partei. In den vielen Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungspolitik hat sich Österreich auch dank dieser Politik grundlegend verändert. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und sozial wurde Österreich immer wieder modernisiert und geöffnet. Politische Antworten wurden den Fragen der Zeit angepasst, ohne die Leitlinie des Miteinanders, des Ausgleichs und des solidarischen Österreichs zu verlassen. Wohlstand wurde gemeinsam geschaffen und kam allen Österreicherinnen und Österreichern zugute.

Heute steht die Gesellschaft wieder vor grundlegender gesellschaftlicher Veränderung. Die Veränderungen der Arbeitswelt, Migration und Klimaerhitzung prägen unsere Zeit. In Europa und darüber hinaus erleben wir den Aufstieg rechtsextremer und populistischer Parteien und Politikerinnen und Politiker. Reale soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Einkommensunsicherheit oder wachsenden Wohn- und Lebenshaltungskosten, sowie Abstiegsängsten und Zukunftssorgen werden von diesen Parteien instrumentalisiert. In einem politischen Klima, in dem Ängste mit Abschottung und Abwehr beantwortet werden, ist es die besondere Aufgabe einer progressiven Partei wie der SPÖ, auf diese Sorgen und Ängste positive Antworten zu geben. Eine offene Welt der Chancen und Gerechtigkeit kann man nicht mit Mauern im Kopf und im Herzen beantworten, sondern nur mit einem offenen Zugang, mit einem Eingehen auf die Sorgen und Ängste, ohne sie zu instrumentalisieren.

Wieder zur politischen Alternative werden

Auf sich verändernde WählerInnenmilieus, die Wohlstandsverluste in der Finanzkrise und die Herausforderungen der Migration gelang es der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren nicht, so zu reagieren, dass der politische Führungsanspruch verteidigt werden konnte. Die vergangenen Nationalratswahlen gingen verloren, die SPÖ befindet sich in der Rolle der Opposition.

Die Opposition bietet uns die Chance, unsere Partei neu zu gestalten und an die Veränderungen in unserer Gesellschaft anzupassen, politisch und organisatorisch. Politisch muss die SPÖ ihre Glaubwürdigkeit wiedergewinnen, soziale Probleme akzeptieren, nicht nur beklagen, sondern auch lösen, um in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine verlässliche und authentische Kraft zu sein. In einer komplexen Gesellschaft muss die Sozialdemokratie Orientierung bieten und reale politische Auseinandersetzungen sichtbar und zur Herzenssache machen.

Den Führungsanspruch wollen wir nicht um unser Willen zurückgewinnen. Es war, ist und bleibt der Anspruch der Sozialdemokratie Jenen politische Heimat zu sein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens gelandet sind. Wir streben nach Macht, um sie im Interesse dieser Menschen zu nutzen. Um Chancen und Aufstieg zu bieten, um gerechten Lohn für diese erbrachten Leistungen zu sichern und um Sicherheit für diese Menschen zu gewährleisten. Weil es nur die Sozialdemokratie ist, die in den vergangenen hundert Jahren stets an der Seite dieser Menschen stand, weil nur wir es sind, die sich für diese Menschen einsetzen und weil diese Menschen das Recht haben, gehört, geachtet und respektiert zu werden. Es ist ihre Leistung, ihr Fleiß und ihr Einsatz, der Österreich zu einem der reichsten Länder der Welt gemacht hat.

Wir strecken die Hand zu allen aus, die eine Alternative zur schwarz-blauen Einheitspartei suchen. Viele haben in den vergangenen Jahren ihre politische Heimat verloren. Parteien sind verschwunden, haben sich komplett verändert und von ihren Wurzeln entfernt, wie die ÖVP, oder alles vergessen,

was sie versprochen haben, wie die FPÖ. Wieder andere WählerInnen hatten noch nie eine politische Heimat, engagieren sich aber in der Zivilgesellschaft, in NGOs, oder bringen sich als Ehrenamtliche in die Gesellschaft ein. Für all diese Menschen wollen wir ein Angebot sein, eine Alternative bieten, um die Sozialdemokratie zu ihrer politischen Heimat und wieder zur politisch progressiv gestaltenden Kraft für Österreich zu machen.

Eine Regierung, die auf Gerechtigkeit vergisst

Seit Beginn der schwarz-blauen Koalition erleben wir, dass der österreichischen Politik etwas abhandekommt. Trotz hohem Wirtschaftswachstum, steigender Steuereinnahmen und hoher Gewinne der Unternehmen, kommt dieser Wohlstand bei der Mittelschicht nicht an.

Im Gegenteil müssen wir erleben, dass der Druck auf die arbeitenden Menschen durch die Einführung einer generellen 60-Stunden-Woche weiter steigt. Zum ersten Mal in der zweiten Republik gibt es eine Hochkonjunktur, von der nicht alle profitieren. Zum ersten Mal wächst die Wirtschaft mit großem Tempo und dennoch wird das Leben für viele schwerer und schwerer. Die hohen Steuereinnahmen werden für Geschenke an Großkonzerne und diejenigen, die den Nationalratswahlkampf der ÖVP finanzierten, verschwendet. Das Leben der Menschen wird allerdings nicht einfacher, die Inflation steigt, Mietkosten steigen und wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft bleiben aus. Diese Regierung beweist täglich aufs Neue: Ohne sozialdemokratische PolitikerInnen in Regierungsverantwortung ist der soziale Ausgleich kein Staatsziel mehr. Niemand in der Bundesregierung achtet mehr darauf, dass der Wohlstand bei denen ankommt, die ihn überwiegend erwirtschaften - bei jenen 95 Prozent, die von ihrer Arbeit und nicht ihrem Vermögen leben. Niemand achtet mehr darauf, dass alle im Land die gleichen Chancen haben, egal woher sie kommen, welches Geschlecht sie haben oder wie viel Geld sie verdienen. Niemand achtet darauf, dass Bildung und Zugang zu Gesundheitsleistungen nicht vom Kontostand abhängen, sondern allen zugänglich sind. Niemand sorgt für gerechte Löhne und eine Arbeitsmarktpolitik, die Vollbeschäftigung anstrebt. Und die strukturellen Ungerechtigkeiten gegen Frauen werden weder thematisiert noch angegangen. Gerechtigkeit für jene Hälfte unserer Gesellschaft, die immer noch den größten Teil der unbezahlten Arbeit leistet, wird völlig ignoriert.

Mehr Wohlstand für die Mittelschicht statt Politik für die Reichen

Die Regierung stärkt mit ihrer Politik vor allem die Reichen und Superreichen. Die Mittelschicht profitiert nicht. Der Ausbau der Kinderbetreuung stockt, bei den Ganztageschulen und bei der Fachkräfteausbildung wird gespart. Statt Großkonzerne weiter zu entlasten, die finanziell profitabel wie kaum jemals zuvor sind, müssen wir die Hochkonjunktur nützen, um die Mittelschicht zu entlasten und in die Zukunft zu investieren. Das bedeutet 1700 Euro steuerfrei für jede/n, ein faires neues Mietrecht, das die Mittelschicht entlastet, Investitionen in die ärztliche Versorgung vor Ort. Ausbau der Kinderbetreuung durch einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagskindergartenplatz und Investitionen in Jobs der Zukunft durch die bessere Finanzierung der FacharbeiterInnenausbildung und konsequente Investition in erneuerbare Energien, als wichtigste Säule unseres künftigen Wohlstands.

Den Zusammenhalt fördern und nicht die Gesellschaft spalten

Österreich war in der Vergangenheit vor allem deshalb erfolgreich, weil das Miteinander gefördert wurde. Unterschiedliche Meinungen führten nicht – wie in der ersten Republik - zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, sondern wurden im Respekt vor dem Anderen besprochen und zu einer gemeinsamen Lösung entwickelt. Das hat uns zu einem der wohlhabendsten und gerechtesten Länder der Welt gemacht. Dieser Ausgleich wurde von der neuen Regierung aufgekündigt. Statt Konsens wird die Spaltung gesucht. Ganz bewusst will diese Regierung den Konflikt mit allen suchen, die ihre politischen Ansichten nicht teilen. Die Armen, die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften, die Landesregierungen und die politische Opposition werden ignoriert oder diffamiert, Gesprächsangebote werden ausgeschlagen. Die Sozialdemokratie sieht im Dialog hingegen die Stärke Österreichs. Die Sozialdemokratie will zurück zum Miteinander und zur Solidarität.

Weltoffenes Österreich statt Demokratieabbau

Weil Demokratie nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern vor allem der Schutz der Minderheit ist, ist für uns Zuhören und Dialog eine der tragenden Säulen einer liberalen Demokratie. Einer Form der Demokratie, der manche Länder in Europa den Kampf angesagt haben: Ungarn, Polen und Italien sind

nicht nur geografisch nahe. Permanente Grenzüberschreitungen im politischen Diskurs bleiben nicht folgenlos. Die Verächtlichmachung politischer Mitbewerber, die Diffamierung politischer Institutionen und permanente Attacken auf die freien Medien erfordern unsere Wachsamkeit. Die konsequente Verteidigung des weltoffenen Österreichs und der liberalen Demokratie sind die ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie. Autoritäre Strukturen dürfen in Österreich niemals wieder eine Option sein.

Um die Demokratie zu verteidigen, müssen wir aber auch selbst konsequent an ihrem Ausbau arbeiten.

Zusammenleben fördern und Integration ermöglichen

Der Sozialdemokratie ist es nicht gelungen, im Bereich der Migration und Integration zuletzt eine Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher zu überzeugen. Wir haben Veränderungsbedarf. Die Sozialdemokratie bekennt sich deshalb zu einer vernünftigen Politik. Wir sind für den Schutz unserer europäischen Außengrenzen und für mehr Hilfe vor Ort. Unser Ziel ist Integration vor Zuwanderung. Asylberechtigten müssen wir die Chance geben, sich so schnell wie möglich in Österreich zu integrieren. Das erfordert klare Regeln und die Bereitschaft sich an unsere liberale, demokratische Grundordnung anzupassen. Wer diesen Weg geht, hat alle Möglichkeiten in Österreich, egal woher man kommt. Wer nicht dazu nicht bereit ist, hat keine Zukunft in Österreich. Die Sozialdemokratie erwartet sich von allen anerkannten Religionsgemeinschaften sowie von allen politischen Gruppierungen, Vereinen und deren Mitgliedern ein klares Bekenntnis zur säkularen Demokratie, zu den Menschenrechten, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, einer Gleichwertigkeit der Religionen und zur Zivilgesellschaft.

Für ein soziales und gerechtes Österreich

Die SPÖ will eine liberale und freie Demokratie. Männer und Frauen sollen gleichberechtigt leben. Die volle Gleichstellung ist Auftrag und Verpflichtung der Sozialdemokratie.

Jeder in Österreich soll so leben können, wie er oder sie es möchte. So lange man sich an die Regeln hält und andere nicht beeinträchtigt. Jede und jeder soll lieben dürfen wen er oder sie will, und gleichgeschlechtliche Paare ganz selbstverständlich auch alle Rechte haben, die auch heterosexuelle Paare haben.

Die SPÖ will eine Bildungspolitik, die jedem und jeder die beste Bildung ermöglicht. Die beste Bildung soll allen kostenlos vom Kindergarten bis zur Universität oder zur FacharbeiterInnenausbildung zur Verfügung stehen. Lehre und Matura sind gleich viel wert, für SchülerInnen und Lehrlinge wollen wir gleich viel Geld ausgeben.

Die Sozialdemokratie ist einer Politik verpflichtet, die jungen Menschen in Österreich die besten Zukunftsperspektiven bietet. Faire Jobs, gut bezahlt und abgesichert, statt unsicher und prekär. Die beste Bildung und eine Gesellschaft, die offen ist für Neues und der Jugend Teilhabe ermöglicht.

Jeder und jede hat das Recht auf ausreichenden und leistbaren Wohnraum und ein neues faires Mietrecht. In den sozialen Wohnbau zu investieren ist die zu Beton geronnene sozialdemokratische Politik.

Jeder und jede hat das Recht auf gesunde Ernährung. Kinder müssen sie in Ganztagsbetreuung kostenlos zur Verfügung haben. Glyphosat und andere Substanzen, die im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, sind zu verbieten.

Jeder und jede hat das Recht auch in Zukunft auf einem intakten Planeten zu leben, der lebenswert bleibt. Die Bekämpfung der Klimaerhitzung und die CO₂-Neutralität Österreichs bis 2040 sind unser Auftrag.

Jeder und jede hat das Recht auf einen Job, von dem man leben kann und auf Arbeitsbedingungen, die die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit ermöglichen. Die Rücknahme der 60-Stunden-Woche ist das erklärte Ziel der SPÖ in der nächsten Regierung.

Jeder und jede hat das Recht auf soziale Absicherung. Die beste Absicherung ist die Vollbeschäftigung. Wer aus dem Erwerbsprozess fällt, muss unter der Voraussetzung Arbeit anzunehmen, das Recht auf finanzielle Absicherung haben, von der man in Würde leben kann. Die Mindestsicherung ist eine soziale Errungenschaft und muss erhalten bleiben.

Jeder und jede hat das Recht auf ein Altern in Würde. Frei von Sorgen von den Folgen von Krankheit, den Kosten der Pflege oder einer schlechten Betreuung. Die Sozialdemokratie ist der älteren Generation verpflichtet, die sich ein Leben in Würde verdient.

Die Sozialdemokratie strebt eine gerechte Steuerpolitik an. Arbeit und Kapital müssen gleich besteuert werden. Die Bevorzugung von Vermögenden gegenüber denjenigen, die von Arbeit leben, muss enden.

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist das Zusammenspiel innovativer UnternehmerInnen und fleißiger ArbeitnehmerInnen. Ihr Ziel ist die Schaffung und Steigerung des Wohlstandes sowie dessen gerechte Verteilung an alle.

Die Zukunft als Chance

Die Zukunft spielt für die Regierung kaum eine Rolle. Themen, die sich für Polarisierung und Zuspitzung nicht eignen, bleiben politisch auf der Strecke. Dabei wäre gerade die Hochkonjunktur die beste Zeit, sich für die Zukunft zu rüsten. Investieren in die Technologien und Jobs von morgen, das Arbeiten an einer effizienten und kostengünstigen Verwaltung und vernünftiges Sparen im System statt bei den Menschen, macht man am besten, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig sind. Die Regierung nützt diese Phase nicht. Statt sich der Frage zu widmen, wie wir die Arbeit der Zukunft gestalten, wenn Robotisierung und Digitalisierung viele Arbeitsplätze überflüssig machen, erhöht die Regierung die Höchstarbeitszeit und führt den 12-Stunden-Tag ein. Statt die Bekämpfung der Klimaerhitzung als Chance zu begreifen, um durch Investitionen in erneuerbare Energien, Wärmedämmung, intelligente Antriebstechnologien und Energieeffizienz Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen, werden nur Lobbys der Agrarindustrie bedient. Statt die Herausforderung der Integration anzunehmen, und allen im Land, die sich anstrengen, ein gutes Leben zu ermöglichen, wird die Gesellschaft gespalten. Statt an effizienten Verwaltungsstrukturen zu arbeiten, werden 500 Millionen Euro aus dem Gesundheitssystem entnommen und an Großbetriebe verschenkt. Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die die Zukunft als Chance begreift. Zusammen bauen wir am sozial gerechten, wohlhabenden, freien und gemeinsamen Österreich.

Zukunft und Erfolg für die Menschen Österreichs. Unsere wichtigsten Maßnahmen:

- **Demokratie erhalten:** Die liberale und soziale Demokratie ist die beste Regierungsform der Menschheitsgeschichte und wir werden sie gegen jegliche Angriffe verteidigen. Die Unterstützung von und der Dialog mit der Zivilgesellschaft ist uns besonders wichtig.
- **Vollbeschäftigung schaffen:** Wir wollen faire, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen und wir wollen, dass der Aufschwung bei allen ankommt – und das bedeutet, jetzt in Bildung und Integration zu investieren. Wir fordern eine FacharbeiterInnenausbildungsoffensive, die Wiedereinführung der Ausbildungsgarantie bis 25 für Jugendliche, der Beschäftigungsaktion 20.000 für Langzeitarbeitslose und des Integrationsjahres für Asylberechtigte. Es bedarf einer effektiven Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und wir brauchen eine Ökologisierung unserer Wirtschaft und Unterstützung für unsere österreichischen KMUs, zum Beispiel in Form von Investitionsanreizen.
- **Keine 60-Stunden-Woche:** Die sofortige Rücknahme der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tages. Das ist das Versprechen der Sozialdemokratie. Keine Regierungsbeteiligung mit diesem ungerechten Gesetz.
- **Faire Arbeitszeiten:** Die Flexibilisierung der Arbeitswelt muss auch den ArbeitnehmerInnen zugutekommen. Freizeit und Familienleben dürfen nicht zu kurz kommen. Deshalb ist es Zeit für eine Arbeitszeitverkürzung; in einem ersten Schritt auf 35 Stunden, mittelfristig auf maximal 30 Stunden, sowie die leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen.
- **Gerechte Entlohnung:** Faire Entlohnung von Mehrstunden und Überstunden für Teilzeitbeschäftigte wie für Vollzeitbeschäftigte. Ein Mindestlohn von 1.700 Euro steuerfrei.
- **Mehr Wertschätzung von Lehrlingen und zukünftigen FacharbeiterInnen:** Anhebung der Lehrlingsentschädigung: Mindestens 700 Euro ab dem zweiten Lehrjahr für jeden Lehrling.

- Digitalisierung gestalten: Die Veränderung der Arbeitswelt darf nicht zu einer Aushöhlung der Arbeitsstandards führen. Wir müssen die Prekarisierung stoppen und brauchen vollen sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz sowie Mindestentlohnung für CrowdworkerInnen und andere neue Arbeitsformen. Denn in Österreich wollen wir die Besten und nicht die Billigsten sein, an prekärer Beschäftigung ist nichts Innovatives.
- Gleichmäßige Besteuerung von Arbeit und Kapital: Erbschafts- bzw. Vermögensbesteuerung ab einem Nettovermögen ab 1 Mio. €. Damit soll Arbeit entlastet werden. Mit der Veränderung der Arbeitswelt müssen wir auch die Finanzierung unseres Wohlfahrtsstaats verändern. Stärker als bisher muss das Vermögen und die Wertschöpfung besteuert werden, um den Faktor Arbeit zu entlasten und den Sozialstaat weiter zu finanzieren.
- Soziales Europa: Eine Europäische Union der Menschen statt der Konzerne. Denn nur wenn wir in Europa zusammenarbeiten, können wir große Herausforderungen bewältigen. Wir wollen Konzerne dazu zwingen, ihre Steuern zu zahlen, zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen und ihre ArbeitnehmerInnen grenzübergreifend gut zu behandeln. Wir werden nicht zulassen, dass Profite mehr bedeuten als hohe Lohn- und Sozialstandards. Dafür braucht es deutlich bessere europaweite Mindeststandards, faire Konzernbesteuerung und Vorrang für qualitätsvolle Arbeitsplätze in allen EU-Staaten.
- Klimaerhitzung stoppen: Entwicklung einer Klimastrategie, um Österreich bis 2040 CO₂-neutral zu machen. Dabei ist ein klarer Fokus auf die Vermeidung von Energie- und Ressourcenverschwendung zu richten.
- Endlich gleichberechtigt: Damit sich die Einkommensschere weiter verringert, müssen die unter sozialdemokratischen Frauenministerinnen begonnenen Aktivitäten fortgesetzt und verstärkt werden. Einkommensberichte müssen nicht nur erstellt, sondern mit einem Frauenförderplan zum Abbau von Benachteiligungen verknüpft werden. Außerdem sollen die Einkommen im Betrieb für alle Beschäftigten transparent sein. Gehaltsangaben in Stelleninseraten müssen die Ist-Löhne bzw. die Bandbreite des Verdienstes aufzeigen und es muss zur gesetzlichen Anrechnung von Karenzzeiten auf alle dienstzeitenabhängigen Ansprüche insbesondere für Vorrückungen bei der Bezahlung kommen.
- Fluchtursachen bekämpfen, Migration steuern, Integration fördern: Die Sozialdemokratie will die Ursachen für Fluchtbewegungen durch einen massiven Ausbau der Hilfe vor Ort, fairere Handelsabkommen und eine aktive Friedenspolitik bekämpfen. Das Asylrecht muss zu einem europaweit vereinheitlichten System werden. Migration muss politisch gesteuert und Integration zu einer Verpflichtung und einem Rechtsanspruch werden.
- Kinder gut und kostenlos betreut: Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr. Flächendeckende Einführung von kostenlosen Ganztageseschulen in verschränkter Form. Gemeinsame Schule der 6-14-Jährigen.
- Fair mieten: Schaffung eines allgemein gültigen, umfassenden Universalmietrechts mit klaren Zu- und Abschlägen und Mietobergrenzen. Keine Spekulation mit Grund und Boden.
- Exzellente Hochschulen: Die besten Universitäten, frei im Zugang. 2 Prozent des BIP für Hochschulen.
- Innovatives Österreich: 4 Prozent des BIP für Forschung, um zum innovativsten Wirtschaftsstandort der Welt zu werden.
- Sicheres Österreich: Polizei und Bundesheer müssen ausreichend finanziert und mit ordentlicher Ausrüstung ausgestattet werden.
- Sozial versichert: Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem alle Menschen pflichtversichert sind. Die Leistungen der Pflichtversicherung müssen so umfassend sein, dass alle Menschen optimal versorgt sind. Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang zu einem öffentlichen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem für alle Menschen in unserem Land.

- **Selbst verwaltet:** Das treibende Element der gesundheits- und sozialpolitischen Ausgestaltung der Krankenversicherung können nur die Arbeitenden sein. Denn sie sind es, die über ihre Beiträge sowie ihre produktive Wertschöpfung (die so genannten Dienstgeberbeiträge) die Sozialversicherung finanzieren. Aus diesem Grund bekennen wir uns zur Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, in der jene die Entscheidungen treffen, die auch davon betroffen sind. Es müssen daher die unselbständig Beschäftigten weiterhin in ihren Versicherungssparten auch die entsprechenden Mehrheiten haben.
- **Gesundes Österreich:** Zur bestmöglichen gesundheitlichen Versorgung aller Menschen müssen mehr mobile Angebote geschaffen werden, die die Medizin zu den Menschen bringt – ins Haus, in den Ort, in die Region. Interdisziplinäre Versorgungsformen mit niederschwelligem Zugang, in denen (Fach)ÄrztInnen, Pflegepersonal und SozialarbeiterInnen zusammenarbeiten, sollen eine umfassende Versorgung gewährleisten. Mit einem vielfältigen Angebot muss auch dem drohenden Ärztemangel entgegengewirkt werden. Im besseren Zusammenwirken von öffentlichen Apotheken und niedergelassenen ÄrztInnen muss auch die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln vor allem in ländlichen Gebieten ausreichend sichergestellt werden.
- **Abgesichert im Alter:** Die staatliche, umlagebasierte Altersvorsorge als wichtigster und sicherster Teil des Pensionssystems muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Ein Element davon, die Ausgleichszulage, muss als altersarmutsvermeidendes Instrument den Lebensrealitäten weiter angepasst werden und daher ist eine schrittweise Anhebung, vor allem für Langzeitversicherte, vorzunehmen. Pensionserhöhungen sollen allen Pensionistinnen und Pensionisten die tatsächliche Inflation abgelten. Die AZ-Richtsatz-Erhöhung soll an die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen gebunden werden. Pensionen, die höher als die Durchschnittspensionen sind, sollen mit dem VPI erhöht werden.
- **Gut gepflegt:** Qualitätsgesicherte Pflege muss allen Pflegebedürftigen in der für sie bedarfsgerechten Form garantiert werden. Ein umfassendes und differenziertes Angebot, das alle Grade der Pflegebedürftigkeit abdeckt und allen unabhängig von sozialen Kriterien offen steht ist ebenso bedeutend, wie die hohe Qualität der Leistungen und eine fundierte Ausbildung des Personals. Gut ausgebildetes Pflegepersonal muss in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden und dieses muss auch entsprechend gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Zum menschenwürdigen Leben und Altern gehört auch das menschenwürdige Sterben. Eine umfassende Hospiz- und Palliativversorgung in allen Lebensbereichen ist zu organisieren.
- **Wettbewerb auf Augenhöhe:** Während kleine Unternehmen sich an klare Spielregeln zu halten haben, versuchen große Konzerne oftmals diese systematisch zu umgehen. Ein fairer Wettbewerb funktioniert nur dann, wenn für alle dieselben Regeln gelten. Es braucht daher eine effektive Bekämpfung von Steuerbetrug sowie Lohn- und Sozialdumping. Wenn Geschäftsmodelle nur darauf abzielen, bestehende Regelungen (Arbeits- und Sozialrechtliche Absicherung sowie Mindestlöhne) zu umgehen, dann müssen wir eingreifen. Außerdem wollen wir gerade Klein- und EinzelunternehmerInnen besser sozial absichern.
- **Gesunde Lebensgrundlage:** Um Österreichs Bevölkerung auch in Zukunft mit gesunden Lebensmitteln versorgen zu können, muss der Schutz von Grundwasser und Boden durch die Vorgabe nachhaltiger landwirtschaftlicher Methoden, wie biologische Bewirtschaftung, sowie durch eine deutliche Reduktion des Pestizideinsatzes und pestizidfreie Regionen erreicht werden. Gifte wie Glyphosat, die im Verdacht stehen, die Gesundheit zu gefährden, sind umgehend zu verbieten.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

